



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Staatskanzlei
Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Telefon +41 (0)61 267 85 62
Telefax +41 (0)61 267 85 72
E-Mail staatskanzlei@bs.ch
Internet www.bs.ch

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesrat Alain Berset
3003 Bern

Basel, 5. September 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 4. September 2012

Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 11. Juni 2012 laden Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zur Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes ein. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen, bedanken wir uns.

1. Allgemein

Es freut uns, dass der Bundesrat die Auslandschweizerschulen bzw. die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland mit 20 Millionen Franken im Jahr unterstützen will.

Mit der Zielrichtung des Gesetzesentwurfs, der schweizerischen Bildungspräsenz im Ausland einen höheren Stellenwert zu geben, sind wir einverstanden. Die Schweizerschulen sind mehr als reine «Lehranstalten». Wir schätzen sie vielmehr als «Visitenkarten» unseres hervorragenden Bildungssystems ein.

Ein zentrales Anliegen ist uns, dass die Patronatskantone bei der Ausarbeitung der Verordnung wiederum angehört werden. Einzelne Aspekte bedürfen auf Verordnungsebene einer weiteren Klarifizierung, um mögliche Konflikte zu vermeiden. Zu denken ist zum Beispiel an die Frage der Lehrdiplome der Schweizer Lehrpersonen (müssen diese für die entsprechende Stufe ein Schweizer [EDK-anerkanntes] Lehrdiplom haben?).

Schliesslich ist festzuhalten, dass sichergestellt sein muss, dass nicht einseitig durch den Bund Entscheide getroffen werden, die – insbesondere finanzielle – Konsequenzen für die Kantone nach sich ziehen.

2. Fragen

Die gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:

1. Sind Sie mit der Zielsetzung der Gesetzesrevision einverstanden, die Bedeutung der Schweizerschulen für die Präsenz schweizerischer Bildung im Ausland zu verstärken und damit die Präsenz der Schweiz im Ausland insgesamt zu fördern?

Wir sind mit dieser Zielsetzung einverstanden.

2. Gehen Sie einig mit der Lockerung der gesetzlichen Auflagen für anerkannte Schweizerschulen, insbesondere mit dem Verzicht auf die bisherigen Vorschriften in Bezug auf einen Minimalanteil von Schweizer Schülerinnen und Schülern an den Schweizerschulen im Ausland?

Wir sind mit dieser Lockerung einverstanden. Den schweizerischen Charakter unserer Auslandschweizerschulen glauben wir durch die Bestimmungen in den §§ 3 bis 6 des Gesetzesentwurfs genügend gesichert.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund inskünftig – namentlich an Standorten, die für die schweizerische Aussenpolitik bedeutsam sind – die Gründung und den Aufbau von Schweizerschulen im Ausland durch Finanzhilfen fördern können soll?

Mit diesem Ziel sind wir einverstanden. Wie halten die Erhöhung der Präsenz des schweizerischen Bildungssystems im Ausland für erstrebenswert.

4. Sind Sie damit einverstanden, dass die schweizerische Bildung im Ausland, namentlich im Bereich der dualen Grundbildung, weiterentwickelt wird? Sind Sie insbesondere damit einverstanden, dass der Bund inskünftig die berufliche Grundbildung an Schweizerschulen im Ausland und anderen privaten Trägerschaften in Zusammenarbeit mit schweizerischen Berufsverbänden und schweizerischen Unternehmungen im Gastland subsidiär fördern können soll?

Mit dieser Fördermöglichkeit des Bundes sind wir einverstanden.

5. Sind Sie einverstanden, dass der Bund inskünftig schweizspezifische Bildungsangebote mit besonderer Ausstrahlung im Gastland unterstützen kann, gegebenenfalls auch von gewinnorientierten Bildungsunternehmen, sofern diese dank Bundesunterstützung eine zusätzliche Dienstleistung im Interesse unseres Landes anbieten?

Sofern das Angebot eine Dienstleistung im Interesse des ganzen Landes ist, sehen wir die Unterstützungsmöglichkeit des Bundes als sinnvoll an.

Wir bedanken uns nochmals, sehr geehrter Herr Bundesrat, für die Gewährung der Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin